

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Anzeigen
werde ich, 1/2 Spalte, 34 mm Brei-
meterhöhe oder deren Raum mit
20 Pf. berechnen u. in unfernen An-
nonnenlisten u. allen Anzeigen-
blätter angeben. Bekanntheit
bis 2 um die Wochenszeit des
Anzeigen-Ansatzes. Sonstige
11 Uhr, für die Sonntagsblätter, ab 12
6 Uhr. Abbestellen, wenn sie
möglich, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungszeit: Halle, Erschei-
nung 16.2.1911, Sonntags 1 mal. Erschei-
nung 1. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
Neue Promenade 14, Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Verkaufsstelle:
Halle 24 und Erbe-Verkaufsstelle 25.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
einschl. Postgebühren. Einzel-
nummer 15 Pf. Bei Abbestellungen
von allen in dieser Zeitschrift ange-
gebenen. In allen Zeitungsver-
trägen sind unter jeder Zeitung ein-
getragen. Für unentgeltlich eingegan-
genen Manuskripten u. für keine Gewähr
übernehmen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle-Druckerei
Karl Feiler, der Schriftleitung Nr. 1142,
Nr. 1418, der Zeitschriften-Verlag Nr. 1133,
Postfach-Rhein Leipzig Nr. 4609.

Nr. 514.

Halle, Sonnabend, den 1. November.

1911.

Die kommende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat man sich, wie verlautet, mit der Frage der äußersten Einschränkung des Personenverkehrs auf den Staatsbahnen beschäftigt. Die Einschränkung sei unbedingt erforderlich, um zunächst einmal die Versorgung der Bevölkerung mit Kohlen und Hausbrandholz sicherstellen zu können. Man erwartet, daß bahngängende Beschlüsse des Kabinetts bereits in aller nächster Zeit in Wirksamkeit treten werden.

Halles Besinden sehr ernst.

Berlin, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Mitteilung des Professors Mosler ist der Zustand des Halles sehr ernst, daß man seinen künftigen Tod erwarten muß. Der Krankheitsfall in den letzten Tagen immer matter geworden. Das Fieber hat gestern abend auf 40,2 Grad. Heute nacht stellte sich noch Schüttelfrost ein.

Einheitsfront des Münchner Proletariats.

München, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die sozialistische Partei vertritt die Einheitsfront des Münchner Proletariats gegen die Militär-Offiziere und fordert den Austritt einer Regierung, die derartige Erträge. Die Gewerkschaften haben mit dem Generalstreik und haben bereits eine darauf hinzielende Entschliessung angenommen. Auch die Betriebsräte haben sich dem Protest angeschlossen. Sie schlagen für die Feier den 8. November vor.

Freigabe von weiteren deutschen Zivilefangeenen.

Paris, 1. Nov. Die französische Regierung hat in Paris drückt, daß nach einer Mitteilung des Ministeriums des Aeußeren die französische und die belgische Regierung die in Frankreich und Belgien internierten deutschen Zivilefangeenen gleichzeitig freizugeben werden.

Nordamerikanische Reaktion.

Washington, 1. Nov. Nach einer Radio-Mitteilung aus Washington soll Senator Duffel eine Zusage abgegeben haben, aus dem Friedensvertrag alle Artikel, die auf die Weiterführung der Besetzung von Mexiko abzielen, zu entfernen.

Internationale Wirtschaftskonferenz.

Amsterdam, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In der letzten Wittermeldung hat verschiedene deutsche und österreichische Persönlichkeiten eine Einladung zu einer privaten Zusammenkunft in London erhalten haben, wobei das „Allgemeine Handelsblatt“ aus London, daß in der nächsten Woche dort eine internationale Wirtschaftskonferenz zusammenzutreten wird, die die europäische Lage und die Bildung einer internationalen Kommission zur Verteilung der Lebensmittel, Kohle und sonstigen Rohmaterialien der Welt betreffen wird. Ferner wird sich die Konferenz, die nach dem Walle einen öffentlichen Charakter trägt, mit der Überarbeitung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen in Europa befassen und Vorschläge machen, welche die wichtigsten Punkte des Friedensvertrages betreffen.

Weitere Abmachungen mit Polen.

Berlin, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Am 1. u. 2. Nov. ist, nachdem die Verhandlungen aus den besetzten Gebieten eine Zeitlang unterbrochen worden waren, nun auch die Frage der militärischen Räumung der in Polen abzutretenden Gebiete durch die deutschen Truppen vertraglich geregelt worden. Das Abkommen, dessen Inhalt bereits in den letzten Tagen bekannt wurde, ist dem Reichstag in Berlin durch die beiden Vorsitzenden der deutsch-polnischen Militärkommissionen, für Deutschland durch Major Widelis, Chef der Friedenskommission des Heeres im Reichswehrministerium, für Polen durch Generalmajor Graf Lamoen unterzeichnet worden. Die wichtigsten Bestimmungen des Abkommens sind folgende: Der polnische Vormarsch beginnt erst am siebenen Tage nach dem Beginn des Protokolls über die Räumung der besetzten Gebiete durch die Hauptarmee. Von dem ab nachfolgend angegebenen Termine an. Vom ersten bis dritten Tage wird ein halber Tag für die Räumung der Linie Schöneberg-Bromberg, vom vierten bis zum sechsten Tage von der Linie Thorn von den Polen besetzt. Von dem ab beginnt der zweite Tag von dem an der Räumung der Gebiete von den Deutschen. Zwischen dem vierten und sechsten Tage wird das gesamte Westpreußen bis zur Weichsel besetzt, und zwar zum ersten. Grundbesitz an feindlichen Lagen. Bezüglich der Weichsel werden in diesen Tagen

raum Bromberg (am vierten Tage), Ostel, Westel und Westel und das Land nördlich davon bis zur Linie Gulin nördlich Jampelung besetzt. Der achte Tag ist allgemeiner Ruhezeit. Zwischen dem neunten und zwölften Tage wird das Gebiet bis zur Linie südlich Tschang und Pr.-Stargard südlich Tschang, südlich somit von uns geräumt. Vom dreizehnten Tage ab bis zum sechzehnten Tage wird das Land bis nördlich von Berent von den Polen besetzt und zwischen dem sechzehnten und neunzehnten Tage das übrige Westpreußen bis zum Meer. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarung zwischen den belagerten deutschen und polnischen Kommandos festgelegt werden. Die Räumung einer Reihe erkrankender Punkte ist weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Monarchistische Vorbereitungen in Wien.

Wien, 1. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Auf dem sozialistischen Parteitag machte Viktor Adler Entschliessungen über Vorbereitungen zu einem monarchistischen Putsch in Wien und machte zum Beweise dafür Mitteilungen über ein geheimes Dokument, das der Volkswehr durch einen Zufall in die Hände gefallen war. Der von Offizieren ausgearbeitete Plan sieht die Entlassung der gesamten Volkswehr vor. Adler sagte u. a., daß der Volkswehr sei ein Dokument zugänglich gemacht, das durch ein Versehen eines Reaktionsärs in Verlust geraten sei und aus dem ein vollständiger Plan eines monarchistischen Putsches hervorging.

Neue Enten-Antwort an Bulgarien.

Paris, 1. Nov. Das „Chicago Tribune“ wird der Kaiserin der Bulgaren Friedensdelegation wahrscheinlich am Montag seine Antwort auf die Gegenvorschläge kritisch.

Militärische Abkommen der Entente.

Paris, 1. Nov. Der Berliner Korrespondent des „Telegraph“ hat in gutunterrichteten Kreisen die Bestätigung der Meldung erhalten, daß Frankreich und England für das Zustandekommen von Abmachungen militärischer Art zwischen Frankreich, Belgien und den Niederlanden eintraten.

Amerikanisches Kohlenausfuerverbot.

Washington, 1. Nov. „Telegraph“ meldet aus Washington, daß Amerika die Kohlenausfuhr von Kanada hat.

Spanische Sehnacht nach Tanger.

Paris, 1. Nov. Der Madrider Korrespondent des „Temps“ telegraphiert, daß die spanische Flotte in Spanien eine Ausübung vorzuziehen, in der der Weg von Tanger für Spanien in Anspruch genommen wird.

Wann kommen unsere Gefangenen aus Frankreich?

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtnachricht.) Wie wir erfahren, werden von den französischen Militärbehörden nunmehr die Vorbereitungen zum Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen getroffen. Die ersten Transporte werden Ende November nach Deutschland abgehen. Clemenceau, der die Absicht hat, die deutschen Gefangenen vorläufig noch als Druckmittel gegen die deutsche Regierung zurückzubehalten, hat auf Vorbehalt des obersten Rates davon Abstand nehmen müssen. Immerhin zeigt sich schon heute das Bestreben Frankreichs, die Heimtransporte mindestens noch auf drei Monate auszuwehnen.

Wie wir weiter aus Berlin erfahren, wird sich das Reichsministerium in den nächsten Tagen mit der Frage der Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages beschäftigen. Insbesondere wird zu der Frage der Auslieferung von der Entente geforderten Personen Stellung genommen werden.

Zum Verbot der Münchener Revolutionserlern.

Das Reichswehrgruppenkommando München hat auf die Forderung der Sozialdemokraten und Unabhängigen, das Verbot der Feier des Jahrestages der Revolution aufzuheben, einen abschlägigen Bescheid erteilt, mit der Erklärung, es habe sich nicht veranlaßt gesehen, von seinen reichswehrlichen Verfügungen abzugehen. Nach einer späteren Mitteilung der „Korr. Post“ teilte in einer ergänzenden Verfügung das Gruppenkommando mit, daß die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen ausnahmsweise erteilt werden könne, wenn nachweislich aus zwingenden Gründen Versammlungen an anderen als an den verbotenen Tagen nicht stattfinden können und wenn die Kommittee gegeben erkränke, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht zu erwarten sei.

Konservative und Mittellandkanal.

Von Georg Rebehn,

Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Der Krieg hat in jedem Stadium seines Verlaufes die Wichtigkeit ausgezeichneter Verkehrsströme erkennen lassen. Als beste Beispiele seien genannt: die ausgezeichneten deutschen und belgischen Eisenbahnen für den westlichen Schutzbau, und im Osten sowie im Orient die mangelt, allen und teilweise ganz fehlenden Verkehrsströme, einschließlich der Kanäle. Aber auch nach dem Kriege spielt ein ausgezeichnetes Verkehrsnetz für den Transport der Lebensmittel und Kohlen, sowie für den Aufbau unseres Wirtschaftslebens eine bedeutende Rolle. Es liegt daher sehr nahe, unsere Verkehrsströme weiter auszubauen. Dieses trifft für die Kanäle, Eisenbahnen, Wasserstraßen und für den Luftverkehr zu. Die preussische Regierung hat demzufolge bei Beratung der Bundesratung bereits den weiteren Ausbau des Wasserstraßennetzes verhandelt und will nicht deren Überführung auf das Reich abwarten. Diese Angelegenheit ist im Abgeordnetenhaus allgemein bekannt.

Weder war die Stimmung bei der früheren Zusammenkunft des damaligen Reichstages-Parlamentes anders, und die Interessen der Reichspartei hat sich nicht geändert. Die Abweisung der Wasserstraßenpläne, vornehmlich von Seiten der Konservativen, jetzt Deutschnationale Volkspartei genannt, hat nicht nur auf die Kriegseingriffe zu unseren Lagunen gewirkt: auch die Finanzen des Staates werden bei der steigenden Preissteigerung von Kanalbauten außerordentlich in Anspruch genommen. Wir sind bezüglich des Ausbaues der Wasserstraßen in Rückstand gekommen und müssen heute mehr denn je die sofortige Rentabilität prüfen, weil wir uns vorläufig auf den Bau von unbedingt notwendigen Verkehrsströmen beschränken und diejenigen für die Aufstellung von Land und Industrie in zweite Linie stellen müssen.

Konservativen tritt nun einmal die heftige Opposition der Konservativen aus dem Jahre 1890 und später. Dagegen die Staatsregierung den Bau des Mittellandkanals, also die Verbindung von Rhein und Elbe, als dringlich geboten erklärte, und die Vorlage als eine der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Aufgaben betrachtete, wurde sie abgelehnt. Am 11. August 1890 hatte der damalige Kaiser bei der Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals in Dortmund erklärt, daß dieser nur ein Teilwerk sei und daß er und die Regierung fest und unerschütterlich entschlossen seien, weiterzugehen. Der Ausbau unserer großen Wasserstraßen sei absolut notwendig. Herr v. Müllen lagte in seiner Rede vom 17. August 1890 im Abgeordnetenhaus, er habe, sich die Frage einmal vorzulegen, auf welche Seite sich der Vaterlandssinn stellen muß. In der dritten Beratung schied bereits Müllner seine Rede mit den Worten: „Ich habe die Überzeugung und muß es den Bauern sagen, daß dieser Widerstand der konservativen Partei, ohne irgendeinen Nutzen auf die Bewältigung des Landes in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, sowohl in erster als in zweiter Richtung, nur unvollständige Folgen haben wird.“

Die neue Kanalvorlage aus dem Jahre 1901, welche zu einer außerordentlich wichtigen Vorlage erweitert wurde und damit besonders den Wünschen des Zentrums entgegenkam, kam infolge der Verdrängungspolitik der Konservativen nicht zur Annahme. Die damalige Vorlage sollte 89 Millionen Mark kosten, und zwar für den Dortmund-Rhein-Kanal und den Mittellandkanal 291 Millionen Mark, für den Groß-Schiffahrtsweg Berlin-Stettin 41,5 Millionen Mark, und der Rest für Verbesserung der Oder, Savel, Eder und des Wasserstraßennetzes zwischen Eder und Weichsel. Die Verdrängung, eine schlechte Finanzlage hätte zur Ablehnung geführt, ist irrig. 1902 wurden 3,8. 250 Millionen Mark zum Einkauf von Domänen und zu Auslieferungszwecken bewilligt.

Erst im Jahre 1905 ist es der Regierung gelungen, einen Teil ihrer Wasserstraßenpläne unter Dach und Fach zu bringen. Damals sah die Vorlage den Kanal von Rhein nach Hannover vor. Die starken Reichsparteien hatten die große Befürchtung einer späteren Verlängerung bis zur Elbe, womit die beiden Wasserstraßensysteme Ost und West verbunden wären. Da in dem Jahr 1905 der Anfang von der vollständigen Ausführung des Mittellandkanals erlitten wurde und Hannover nicht der Stützpunkt für ein Kanal sein, waren die Konservativen nicht für die Vorlage zu gewinnen. Dagegen an dem früheren Gesamtplan der Regierungsvorlage nichts Wesentliches geändert wurde, wurde aber das Wesen der Kanalvorlage verändert und ihr ein anderer Geist eingehaucht. Aus dem Rhein-

Die Augen.

haben den vollständig bei der...
ten ihn durch die...
für einen...
für einen...
für einen...

